
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

PÜRSÜN ZUR SITUATION DER PSYCHIATRIE IN HESSEN

26.09.2019

- **Psychiatrische Versorgung durch mehr ambulante Angebote stärken**
- **Selbstbestimmtheit vor Planwirtschaft**
- **Sektorübergreifende Zusammenarbeit statt Personalbemessungsgrenzen**

WIESBADEN – Strukturelle und finanzielle Entscheidungen erfordern gerade auch im Bereich der Behandlung von psychischen Erkrankungen eine mutige Politik. In der Landtagsdebatte über die Personalnotstände in Pflege und Medizin in der Psychiatrie erklärte der sozialpolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Yanki PÜRSÜN: „Für uns Freie Demokraten gilt auch für die Psychiatrie der Grundsatz: wir wollen den Menschen größtmögliche Selbstbestimmtheit ermöglichen. Deshalb müssen wir endlich entscheiden, welche psychiatrische Versorgungsstruktur wir uns in Hessen leisten wollen, und Mittel dementsprechend gezielt einsetzen. Dabei muss der ambulante Bereich mitgedacht und integriert werden.“

Pürsün weiter:

„Ich vermisse im Bereich der Psychiatrie ganz klar eine zielorientierte Strategie der schwarz-grünen Landesregierung. Wir müssen den Pflege- und Ärzteberuf in der Psychiatrie attraktiv machen, wir müssen neue Stellen finanzieren und die stationäre und ambulante Behandlung besser miteinander verzahnen. Die Herausforderung ist doch nicht neu: Wie können wir die Patienten gemäß ihrer Bedürfnisse optimal betreuen und versorgen und dabei gleichzeitig die Bedingungen für gute Arbeit auf der Station und in der Ambulanz nachhaltig herstellen? Die Situation im Klinikum Höchst zeigt exemplarisch, dass hier Lernaufgaben in vielfältiger Weise anstehen. Dabei haben wir es in der Psychiatrie mit sehr verletzlichen, isolierten und schutzlosen Menschen zu tun.“

Wünschenswert wäre eine Verzahnung zwischen ambulant und stationär, aber auch eine Verzahnung mit der Reha sowie den anderen sozialen Bereichen. Wir müssen die Schnittstellenproblematik überwinden und zu einem Ansatz kommen, in dessen Zentrum die erkrankte Person und ihr Bedarf steht. Natürlich ist der Grundsatz ambulant vor stationär, wie er im Gesetz verankert ist, nicht zum Nulltarif zu haben. Hessen muss intelligenter investieren. Die in den letzten Tagen viel diskutierte und kritisierte neue Bundesrichtlinie zur Personalbemessung wird wohl nicht dazu führen, dass es zu einer Erhöhung des Personals in den Psychiatrien kommen wird. Deshalb ist es für uns Freie Demokraten entscheidend, dass wir auf Landesebene für eine Entlastung des Systems sorgen, indem wir den ambulanten psychiatrischen Bereich in der Vor- und Nachsorge stärken und Station und Ambulanz gezielt miteinander vernetzen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de